

Antwort vom 20.10.2016 auf Email vom 10.10.2016

MdB, CDU/CSU

Sehr geehrter Herr XY,

vielen Dank für Ihr Schreiben, in dem Sie Ihre Sorgen um die Zukunft der Opfer des Blutskandals zum Ausdruck bringen.

Als Abgeordneter für x(anonymisiert)x beobachte ich die Arbeit der Stiftung „Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“ bereits seit einigen Jahren sehr aufmerksam. Die persönlichen Schicksale, der vielen durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen, bewegen mich sehr.

Nicht nur für sich, sondern auch stellvertretend für die Verbesserung der Lebensbedingungen anderer infizierter Personen zu kämpfen, verdient nicht nur Respekt, sondern auch Unterstützung. Ich stimme Ihnen daher zu, dass die Stiftung mit den notwendigen Mitteln fortgeführt werden muss. Insofern möchte ich Sie gern bei Ihrem Anliegen unterstützen, für Sie und die Mitglieder der Stiftung eine Lösung für die weitere Finanzierung zu finden.

Mit diesem Gedanken sind Sie, die weiteren Stiftungsmitglieder und ich nicht allein. Das Bundesministerium für Gesundheit, die Stiftung „Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-Infizierte Personen“ sowie Vertreter der Industrie haben zu der Frage der künftigen Finanzierung bereits intensive Gespräche geführt und Überlegungen angestellt, in welchem Rahmen und wie sich die Finanzierung künftig gestaltet. Die Länder haben das Thema zudem in die Gesundheitsministerkonferenz eingebracht und erörtert.

Derzeit diskutiert das Bundesministerium der Finanzen mit dem Bundesministerium für Gesundheit die Möglichkeit, die Finanzierung über die mittelfristige Haushaltsplanung ab 2018 zu gewährleisten. Im Rahmen dessen soll auch für das Jahr 2017 die Liquidität der Stiftung durch eine vorgezogene Überbrückungshilfe sichergestellt werden.

Im Kern verfolgen die Beteiligten zur weiteren Finanzierung der Stiftung derzeit folgende Überlegungen: Der Bund soll mit jährlich mehr als 40 Prozent zur Finanzierung beitragen. Die Länder sollen weiterhin 20 Prozent des Finanzbedarfs abdecken. Gleichzeitig sollen die pharmazeutischen Unternehmen für die nächsten zehn Jahre einen bedeutenden Anteil beitragen, um ihrer sozialen und humanitären Verantwortung gegenüber Ihnen und allen anderen Stiftungsmitgliedern gerecht zu werden. Auch das Deutsche Rote Kreuz (DRK) soll sich entsprechend beteiligen. Nach Ablauf der zehn Jahre sollen dann Bund und Länder die Finanzierungsaufgabe übernehmen.

Diese Überlegungen zeigen, dass von allen Beteiligten – pharmazeutische Unternehmen, Bund, Länder und DRK – an einer langfristigen Lösung zur Aufrechterhaltung der Stiftung gearbeitet wird. Das begrüße ich. Zur Unterstützung werde ich gern gegenüber dem Bundesgesundheitsministerium und den Gesundheitsexperten im Deutschen Bundestag auf die Wichtigkeit und Dringlichkeit dieses Themas hinweisen.

Darüber hinaus kann ich Ihnen versichern, dass der CDU/CSU Fraktion die vielfältigen Probleme bei der Finanzierung und auch der Höhe der Stiftungsleistungen bewusst sind.

Was die Frage der Höhe der Stiftungsleistungen angeht, nehme ich Ihr Schreiben zum Anlass, insbesondere zu der Frage einer inflationsgerechten Leistungserhöhung das Gespräch mit meinen zuständigen Kollegen zu suchen. Insofern ist es gut, dass Sie mir Ihre Argumente zugesandt haben, die ich im Rahmen der parlamentarischen Beratungen gern in meine Überlegungen einbeziehen werde.

Ich hoffe, Ihnen deutlich gemacht zu haben, dass wir fest an Ihrer Seite kämpfen. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.